

# Ist die herrschende Theorie der Kapitalbildung richtig?

Von

Wilhelm Weisgerber, Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis: I. Die bisherigen Auffassungen von Wesen und Wirkung der Kapitalbildung S. 1 — II. Einwände gegen die herrschende Lehrmeinung S. 3 — III. Entwicklung einer Theorie der Kapitalbildung für die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft S. 6 — IV. In der fortschreitenden Wirtschaft sind stets freie bzw. mobilisierbare Produktionsfaktoren vorhanden S. 11 — V. Änderungen des Umfangs der Kapitalbildung und ihre Wirkungen S. 17 — VI. Die verschiedenen Formen der Kapitalbildung in der Bedarfsdeckungswirtschaft und der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft S. 24 — VII. Schlußbetrachtung S. 29.

Die herrschende Lehrmeinung über Wesen und Wirkung der Kapitalbildung geht bekanntlich dahin, daß infolge derselben „eine Veränderung in der Zusammensetzung des laufenden Produktionsstromes vor sich geht, und zwar eine Veränderung zuungunsten der Produktion von Gegenwartsgütern und zugunsten der Produktion von Zukunftsgütern<sup>1</sup>. Nach dieser Auffassung wäre also eine Zunahme der Kapitalbildung bzw. der Erzeugung von Anlagegütern stets mit einer Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion verbunden. Adolf Weber bringt dies klar zum Ausdruck, wenn er bei Erörterung des Wesens der Kapitalbildung sagt: „Es werden zeitweilig weniger Genußgüter erzeugt und die so erübrigten Produktionselemente in den Dienst der Herstellung von Zwischenerzeugnissen gestellt, um später mehr und wertvollere Genußgüter zur Verfügung zu haben<sup>2</sup>.“ Kennzeichnend für die herrschende Theorie ist der Gedanke, daß der mit dem Sparen verbundene Konsumverzicht zu einem Ausfall an Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt führt<sup>3</sup> und demzufolge weniger Konsumgüter erzeugt werden als vorher.

Neben dieser heute durchaus vorherrschend gewordenen Lehrmeinung hat es von jeher noch eine andere gegeben, die auf der Auffassung beruht, daß die ersparten Unterhaltsgüter ebenfalls verbraucht

<sup>1</sup> W. R ö p k e, Die Theorie der Kapitalbildung, Tübingen, 1929, S. 7.

<sup>2</sup> A. W e b e r, Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, Berlin, 1942, S. 51.

<sup>3</sup> W. E u c k e n, Kapitaltheoretische Untersuchungen, Jena, 1934, S. 143.

werden und durch Sparen der personelle Beschäftigungsgrad der Wirtschaft erhöht wird. Zu dieser Auffassung hat sich kein geringerer als **Adam Smith** in sehr eindeutiger Weise bekannt, wie dies aus seinen folgenden Worten hervorgeht: „What is annually saved is as regularly consumed, as what is annually spent, and nearly in the same time too; but it is consumed by a different set of people<sup>4</sup>.“ **Smith** hat auch bereits ausgesprochen, daß Sparen eine Zunahme der Beschäftigung zur Folge hat. Dies ergibt sich klar aus folgender Äußerung: „By what a frugal man annually saves, he not only affords maintenance to an additional number of productive hands (vom Verfasser gesperrt), for that or the ensuing year, but, like the founder of a public workhouse, he establishes as it were a perpetual fund for the maintenance of an equal number in all times to come<sup>5</sup>.“

Die Auffassung, daß das ersparte Einkommen ebenfalls verbraucht wird, findet sich auch bei **Ricardo**<sup>6</sup>. Am klarsten und entschiedensten ist diese Ansicht indessen von **I. St. Mill** ausgesprochen und vertreten worden. Er hat die Gedanken, die **Adam Smith** und **Ricardo** nur in einigen kurzen Sätzen ohne theoretische Begründung geäußert haben, in einem seinerzeit viel umstrittenen Kapitel seiner „Principles of Political Economy“ in ausführlicher Form entwickelt, an Hand von Beispielen erläutert und in gewissem Umfang auch theoretisch begründet. Die Schlußfolgerungen, zu denen er gekommen ist und die er in seinen sogenannten vier Fundamentalsätzen betreffend Kapital niedergelegt hat, stimmen in allen wesentlichen Punkten mit der Auffassung von **Adam Smith** überein. Gleich diesem vertritt **Mill** den Standpunkt, daß das ersparte Einkommen verbraucht wird<sup>7</sup>, und bringt auch zum Ausdruck, daß jede Vermehrung des Kapitals, wenn zusätzliche Arbeitskraft verfügbar ist, die Beschäftigung der arbeitenden Klassen vermehrt und eine Steigerung der Gesamterzeugung zur Folge hat<sup>8</sup>.

Es ist **Mill** allerdings nicht gelungen, seine Auffassung über Wesen und Wirkung des Sparvorganges theoretisch wirklich einwandfrei zu begründen. Sie ist von einer Reihe von Autoren, unter denen **Senior** und **Jevons** erwähnt seien, mit solchem Erfolg bekämpft worden, daß sie von der Wissenschaft fast allgemein als unhaltbar verlassen worden ist.

<sup>4</sup> **Adam Smith**, *Wealth of Nations*, Ed. Methuen u. Co., London, 1920, Book II, Chap. III, S. 320 f.

<sup>5</sup> **Adam Smith**, a. a. O., S. 320.

<sup>6</sup> **D. Ricardo**, *Notes on Malthus' „Principles of Political Economy“*, Baltimore u. London, 1928, S. 164.

<sup>7</sup> **I. St. Mill**, *Principles of Political Economy*, London, 1865, Book I, S. 88.

<sup>8</sup> **I. St. Mill**, a. a. O., S. 86.

Eine weitere Diskussion des Kapitalbildungsproblems könnte unter diesen Umständen überflüssig erscheinen, wenn nicht offenbar wäre, daß die Schlußfolgerungen, zu denen die herrschende Theorie der Kapitalbildung führt, in scharfem Widerspruch zu den Erscheinungen stehen, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit bei steigender Kapitalbildung auftreten. Wäre jene Theorie richtig, so müßte es während der Perioden stark steigender Kapitalbildung und Anlagegütererzeugung, wie sie im Zuge der Konjunkturbewegung der Wirtschaft in regelmäßiger Wiederkehr auftreten, zu Preissenkungen der Unterhaltsgüter sowie entsprechend starken Einschränkungen der Unterhaltsgüterproduktion kommen, und es müßte ferner deutlich sichtbar werden, daß Produktionsfaktoren, die vorher bei der Produktion von Unterhaltsgütern mitwirkten, für die Erzeugung von Anlagegütern herangezogen werden.

Nichts Ähnliches ist aber jemals festgestellt worden. Es steht im Gegenteil fest, daß die Preisänderungen der Unterhalts- und Anlagegüter stets in gleichem Sinne verlaufen, wobei sich lediglich Intensitätsunterschiede ergeben. Was die eintretenden Änderungen des Produktionsumfanges betrifft, so stellt Cassel fest, „daß der Wechsel zwischen Auf- und Niedergangsperioden seiner innersten Natur nach eine Variation in der Produktion von festem Kapital ist, aber in keinem Zusammenhang mit der übrigen Produktion steht<sup>9</sup>.“ Hier ist also — bemerkenswerterweise von einem Anhänger der herrschenden Kapitalbildungstheorie — unmißverständlich ausgesprochen worden, daß Änderungen des Umfanges der Erzeugung von Anlagegütern keine Rückwirkung auf den Umfang der Unterhaltsgüterproduktion ausüben. Es dürfte klar sein, daß diese Feststellung mit der herrschenden Theorie der Kapitalbildung unvereinbar ist.

Nimmt man die Äußerungen der Anhänger der herrschenden Kapitalbildungstheorie etwas schärfer unter die Lupe, so fällt auf, daß sie fast durchgehends vermeiden, exakte und nachprüfbare Angaben darüber zu machen, wie denn eigentlich durch das Sparen die von ihnen behauptete Veränderung der Produktion herbeigeführt werden soll. Sie beschränken sich in der Regel auf sehr allgemein gehaltene Äußerungen über die angeblichen Wirkungen des Sparens. Cassel beispielsweise meint, daß „die fertigen Güter, die in der fortschreitenden, im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft der absichtlichen Beschränkung der Bedürfnisbefriedigung zufolge nicht konsumiert werden, auch überhaupt nicht produziert werden<sup>10</sup>.“ Adolf Weber führt aus, daß das, was der einzelne spart, gewissermaßen im „Vorstadium des Erzeugungsprozesses aufgefangen wird, so daß die er-

<sup>9</sup> G. Cassel, Theoretische Sozialökonomie, Leipzig, 1932, S. 489.

<sup>10</sup> G. Cassel, a. a. O., S. 32.

übrigen Produktionselemente nicht dem unmittelbaren Konsum, sondern einer besseren Gestaltung der Gütererzeugung dienen<sup>11</sup>.“

Auf die Frage, wie diese eigenartigen Wirkungen des Sparprozesses zustande kommen sollen, gehen die beiden Autoren nicht ein. Da es nicht üblich ist, die Absicht, einen bestimmten Geldbetrag zu sparen, vorher anzukündigen, kann das Sparen nicht gut Wirkungen auf den Produktionsprozeß ausüben, bevor der Sparakt vollzogen ist. Die Unterhaltsgüter, welche die Sparer hätten kaufen können, wenn sie nicht gespart hätten, müssen also produziert worden und am Markt vorhanden sein. Wenn das Sparen irgendwelche Wirkungen auf die Unterhaltsgüterproduktion ausüben sollte, so könnten sie allenfalls nach dem Sparakt eintreten. Die Auffassung, daß die infolge des Sparens (von den Sparern) nicht konsumierten Güter gar nicht erst produziert oder, wie Weber meint, im Vorstadium des Erzeugungsprozesses für andere Zwecke aufgefangen werden, erscheint also bei näherer Prüfung unhaltbar.

Alle diese gegen die Richtigkeit der herrschenden Theorie der Kapitalbildung sprechenden Argumente, so beweiskräftig sie an sich erscheinen mögen, verblassen aber gegenüber jenen, die uns eine Betrachtung der Vorgänge liefert, die sich bei der Anlage neugebildeten Kapitals täglich vor unseren Augen abspielen. Tagtäglich sehen wir, daß das Kapital, das sich bei den Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, wirtschaftlichen Unternehmungen, Einzelpersonen oder in den Staatskassen ansammelt, Investitionsunternehmungen zugeleitet wird, daß diese dasselbe, wenn nicht ganz, so doch größtenteils zur Bezahlung von Gehältern und Löhnen an ihre Angestellten und Arbeiter verwenden, und daß letztere mit diesem von anderen Wirtschaftsmitgliedern ersparten Einkommen die Unterhaltsgüter kaufen, deren sie bedürfen, um existieren und produzieren zu können.

Wie sollte es in einer arbeitsteiligen Wirtschaft auch anders möglich sein? Wovon sollten beispielsweise die Angestellten und Arbeiter einer Bauunternehmung, der – vielleicht von ein paar Zinsen abgesehen – im allgemeinen gar nichts anderes an Einnahmen zufließt als von anderen Wirtschaftsmitgliedern erspartes Kapital, ihren Unterhalt bestreiten, wenn nicht von eben diesem Kapital? Auf welche Weise soll es unter diesen Umständen, wie dies die herrschende Theorie annimmt, infolge der Kapitalbildung zu einem Ausfall an Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt kommen mit der Folge, daß die ersparten Konsumgüter gar nicht erst produziert werden?

Diese Fragen aufwerfen, bedeutet eigentlich schon, die herrschende Theorie der Kapitalbildung ad absurdum führen, denn das, was sie

---

<sup>11</sup> A. Weber, a. a. O., S. 47.

behauptet, wäre nur möglich, wenn die auf die Erzeugung von Anlagegütern spezialisierten Produzenten und Arbeitnehmer Tag für Tag und Jahr für Jahr solche Güter erzeugten, ohne jemals auch nur ein Konsumgut zu kaufen oder zu verbrauchen. Die Frage, was sie zu einer solch selbstmörderischen Handlungsweise veranlassen sollte, bleibt dabei ebenso offen wie jene, was denn eigentlich mit dem ersparten Einkommen geschieht, das ihnen ja unbestritten als Entgelt für ihre Produktionsleistungen zufließt.

Schon eine kurze Betrachtung zeigt also, daß die herrschende Theorie der Kapitalbildung auf der ganzen Linie zu Schlußfolgerungen führt, die entweder mit den Tatsachen nicht zu vereinbaren oder geradezu als absurd zu bezeichnen sind. Sie kann also unmöglich richtig sein.

Die Erkenntnis, daß das Kapitalbildungsproblem noch nicht endgültig gelöst ist, ist in jüngster Zeit im Wachsen und hat Veranlassung zur Aufstellung neuer Kapitalbildungstheorien gegeben, von denen jedoch nur die von I. M. Keynes in seinem letzten größeren theoretischen Werk entwickelte Lehre einige Beachtung gefunden hat<sup>12</sup>. In dem entscheidenden Grundgedanken, daß Sparen einen Ausfall an Nachfrage nach Unterhaltungsgütern und Preissenkungen derselben zur Folge hat, stimmt Keynes mit der herrschenden Lehrmeinung überein. Seine Theorie ist insoweit den gleichen Einwendungen ausgesetzt wie jene und kann aus diesem Grunde gleichfalls keinen Anspruch darauf erheben, die richtige Lösung des Kapitalbildungsproblems zu sein.

In Erkenntnis der Unhaltbarkeit der herrschenden Lehre hat der Verfasser in einer vor einigen Jahren erschienenen umfangreicheren Arbeit eine in wichtigen Bestandteilen neue Theorie der Kapitalbildung entwickelt<sup>13</sup>. Obgleich diese auf wesentlich anderen Überlegungen beruht als die dem Verfasser seinerzeit noch nicht bekannte Theorie von Mill, führt sie in den grundlegenden Fragen bemerkenswerterweise zu den gleichen Schlußfolgerungen wie diese. Die Theorie des Verfassers nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als sie erstmalig für die Verhältnisse in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft entwickelt worden ist und ihre Ergebnisse in bester Übereinstimmung mit den Erscheinungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit stehen. Sie soll in der Folge vorgetragen und ausführlich begründet werden.

---

<sup>12</sup> I. M. Keynes, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London, 1936.

<sup>13</sup> W. Weisgerber, *Theorie der fortschreitenden Wirtschaft und der Konjunkturbewegung*, Berlin, 1941.

Die Untersuchungen sollen für die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs durchgeführt werden. Unter diesem Begriff soll eine fortschreitende Wirtschaft verstanden werden, in der das neugebildete Kapital überwiegend in Produktionsmitteln und reproduzierbaren Gütervorräten angelegt wird und die Kapitalbildung einen solchen Umfang hat, daß die auf den Kopf der tätigen Wirtschaftsmitglieder entfallende Quote der Kapitalausrüstung und der Gütererzeugung steigende Grundrichtung aufweist. Diese letztere Bedingung schließt die Voraussetzung ein, daß Hand in Hand mit der Vermehrung der Produktionsmittel eine fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung des Erzeugungsprozesses erfolgt.

Untersucht werden soll, welche Wirkungen eine Zunahme der Kapitalbildung in einer entwickelten arbeitsteiligen Geldwirtschaft der vorerwähnten Art hat. In einer solchen Wirtschaft steht einer Gruppe von Produzenten und Arbeitnehmern, die sich ausschließlich oder doch überwiegend der Erzeugung von Unterhaltsgütern widmen und über die zu diesem Zweck erforderlichen natürlichen und erzeugten Produktionsmittel sowie über entsprechende Erfahrungen verfügen, eine andere Gruppe von Produzenten und Arbeitnehmern gegenüber, die sich in analoger Weise auf die Erzeugung von Anlagegütern spezialisiert haben.

Um die Analyse der interessierenden Vorgänge möglichst durchsichtig zu gestalten, wollen wir uns eines bei derartigen Untersuchungen sehr empfehlenswerten Kunstgriffes bedienen, indem wir annehmen, daß in der betrachteten Wirtschaft kein Metallgeld zirkuliert, sondern Zahlungsmittel nur gegen Handelswechsel ausgegeben werden, die bei einer Notenbank zur Diskontierung eingereicht worden sind. Diese Annahme bietet den Vorteil, daß Beginn und Ende jedes einzelnen Verteilungsvorganges klar in Erscheinung treten.

Bevor die Frage untersucht wird, welche Wirkungen eine Zunahme der Kapitalbildung ausübt, soll zunächst der Kreislauf des Geldes und der Güter in einer als statisch gedachten Wirtschaft untersucht werden, in der gerade soviel Kapital neu gebildet wird, daß die durch Abnutzung und sonstige Einflüsse abgängig werdenden Anlagegüter laufend durch neue ersetzt werden können.

In einer solchen Wirtschaft werden unter der oben angegebenen Voraussetzung alle aus der Produktion hervortretenden, als Waren anzusprechenden Güter, d. h. also alle Unterhaltsgüter, gegen Handelswechsel abgesetzt, die von Handelsunternehmungen begeben und von den Produzenten in Zahlung genommen werden. Letztere können die Wechsel bei einer Notenbank diskontieren und gelangen damit in den

Besitz der erforderlichen Geldmittel in Gestalt von Banknoten, um – gleichbleibende Produktionsergiebigkeit vorausgesetzt – sämtliche an den Handel abgesetzten Güter zu reproduzieren.

Während der Reproduktionsperiode der letzteren führen die Produzenten einen Teil des Erlöses an die bei der Erzeugung der Ersatzgüter beschäftigten Arbeitnehmer ab, einen anderen, als Gewinn bezeichneten Teil behalten sie für sich selbst als ihren Anteil am Produktionsentgelt. Mit diesen Geldbeträgen erscheinen die Produzenten und Arbeitnehmer gleichzeitig am Gütermarkt und können mit denselben die an den Handel abgesetzten Güter oder – unter Rückgriff auf die in jeder entwickelten Wirtschaft vorhandenen Fertigwarenlager – auch andere im gleichen Geldwert kaufen, die sie zu ihrem Unterhalt während der Reproduktionsperiode benötigen. Insoweit die an der Unterhaltsgüterproduktion beteiligten Produzenten und Arbeitnehmer ihr Einkommen oder Teile desselben zum Kauf von Unterhaltsgütern verwenden, fließen den Handelsunternehmungen unmittelbar die Banknoten zu, die sie benötigen, um den dem Wert der abgesetzten Güter entsprechenden Teil der von ihnen gegebenen Wechsel bei der Notenbank einzulösen.

Ersparen die bei der Unterhaltsgüterproduktion tätigen Produzenten und Arbeitnehmer, wie das vorausgesetzt worden ist, einen Teil ihres Einkommens, so werden die ersparten Beträge im allgemeinen bei Banken oder sonstigen Geldinstituten eingezahlt, die sie, um ihre Einlagen verzinsen zu können, anlegen werden. Das bedeutet, daß mit den ersparten Geldbeträgen Nachfrage nach Anlagegütern erhoben wird. Dabei sind zwei Fälle möglich: Entweder sind nämlich Anlagegüter der nachgefragten Art oder doch Rohstoffe bzw. Halbfabrikate, die zu ihrer Erzeugung benötigt werden, am Gütermarkt vorhanden, oder die Nachfrage richtet sich auf Anlagegüter, die erst noch erzeugt werden müssen.

Im ersten Fall, der zunächst betrachtet sei, werden bei den Handelsunternehmungen oder den Produzenten vorhandene Anlagegüter – beispielsweise Maschinen – oder aber Rohstoffe und Halbfabrikate an die Investoren abgesetzt. Die ersparten Geldbeträge fließen in dem einen Fall auf dem Umwege über Nachbestellungen der Handelsunternehmungen, im anderen unmittelbar an Investitionsgüterproduzenten, die sie benutzen werden, um die abgesetzten Güter zu reproduzieren. Dabei führen sie das von anderen Wirtschaftsmgliedern ersparte Einkommen teils als Lohn an ihre Arbeitnehmer ab, teils nehmen sie es selber unter dem Titel ihres Gewinnes in Anspruch. Da sowohl die Produzenten als auch die Arbeitnehmer der Investitionsgruppe Unterhaltsgüter brauchen, um während der Reproduktionsperiode der abgesetzten Güter ihren Unterhalt bestreiten

zu können, werden sie mit dem Kapital, das ihnen als Einkommen zufließt, selbstverständlich die von den Sparern nicht verbrauchten Konsumgüter bzw. andere im gleichen Geldwert kaufen.

In dem anderen in Frage kommenden Fall, daß nämlich Anlagegüter der gewünschten Art nicht vorhanden sind, werden die ersparten Geldbeträge von den Investoren unmittelbar an Investitionsunternehmer abgeführt, die als Gegenleistung dafür die nachgefragten Anlagegüter erzeugen. Dieser Fall unterscheidet sich von dem soeben untersuchten nur dadurch, daß der Erzeugung der Anlagegüter kein Absatz von solchen vorausgeht. Es werden nicht abgesetzte Anlagegüter reproduziert, sondern die nachgefragten produziert. Hier von abgesehen ändert sich nichts an den oben geschilderten Vorgängen. Die ersparten Geldbeträge werden in diesem Fall ebenso wie in dem eben erörterten von den Produzenten und Arbeitnehmern der Investitionsgruppe zum Kauf von Unterhaltsgütern benutzt, ohne die sie nicht existieren und produzieren könnten.

Es ist natürlich möglich und wird regelmäßig geschehen, daß Mitglieder der Investitionsgruppe einen Teil ihres Einkommens, das bereits einmal von anderen erspart worden ist, nochmals ersparen und damit erneut Nachfrage nach Anlagegütern erheben. Dieser Vorgang kann sich noch mehrmals wiederholen, bis schließlich das gesamte zunächst ersparte Einkommen zum Kauf von Unterhaltsgütern verwandt worden ist. Die mit der wiederholten Anlage ersparter Einkommensteile zweifellos verbundene zeitliche Verschiebung der Nachfrage ist ohne Belang, da sie jeweils durch den aus dem gleichen Grunde entstandenen Nachfrageüberhang aus der vorhergehenden Produktionsperiode ausgeglichen wird.

Gleichviel also, ob sich die infolge der Ersparung von Einkommen und der Anlage der ersparten Beträge auftretende Nachfrage nach Anlagegütern auf bereits vorhandene oder noch zu erzeugende Güter dieser Art richtet, werden in jedem Fall mit den ersparten Geldbeträgen die von den Sparern nicht verbrauchten Unterhaltsgüter gekauft. Dadurch gelangen die Handelsunternehmungen in den Besitz der erforderlichen Geldmittel, um alle von ihnen begebenen Handelswechsel bei der Notenbank einlösen zu können. Damit ist der betrachtete Verteilungsvorgang abgeschlossen. Alle aus der Erzeugung hervorgetretenen Unterhaltsgüter sind an die Verbraucher abgesetzt und reproduziert, während gleichzeitig Anlagegüter im Gegenwert der ersparten Geldbeträge zusätzlich erzeugt worden sind. Der Abschluß des Verteilungsvorganges wird dadurch klar erkennbar, daß alle gegen Handelswechsel ausgegebenen Banknoten, nachdem die in ihnen verkörperte Kaufkraft zum Zuge gekommen ist, an die Notenbank zurückgeflossen oder, um mit Lukas zu reden, „in den



Geldhimmel zurückgekehrt sind<sup>14</sup>. Der nächste Verteilungsvorgang kann mit dem Absatz der aus dem Reproduktionsprozeß hervorgegangenen Unterhaltsgüter an die Handelsunternehmungen beginnen.

Wie die durchgeführte Analyse des Geld- und Güterkreislaufes klar erkennen läßt, werden in der hier betrachteten arbeitsteiligen Wirtschaft die von den Sparern nicht verbrauchten Unterhaltsgüter in allen Fällen von den Mitgliedern der Investitionsgruppe gekauft und verbraucht. Das ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit, denn in der arbeitsteiligen Wirtschaft werden Güter nur gegen Hingabe von Gütern oder von Ansprüchen auf solche in genau dem gleichen Wert produziert, den die zu erzeugenden Güter haben, und niemand kann sich ausschließlich der Erzeugung von Anlagegütern widmen, wenn ihm nicht die Unterhaltsgüter, deren er bedarf, von anderer Seite zur Verfügung gestellt werden.

Die Untersuchungen lassen ferner erkennen, daß mit den ersparten Geldbeträgen, sofern sie angelegt werden, im Zuge eines Verteilungsvorganges zweimal Güter gekauft werden, nämlich zunächst Anlagegüter und anschließend Unterhaltsgüter. Das durch die Ersparung von Einkommen entstehende „Kapital“ wird – geldwirtschaftlich betrachtet – durch die ersparten Geldbeträge, – güterwirtschaftlich betrachtet – zunächst durch die ersparten Unterhaltsgüter und nach deren Verwendung als Produktionsentgelt durch die entstehenden Anlagegüter repräsentiert. Die Umwandlung der von den Sparern nicht verbrauchten Unterhaltsgüter in Anlagegüter bedingt einen zusätzlichen Erzeugungsprozeß, in dessen Verlauf die ersparten Unterhaltsgüter verbraucht werden, während gleichzeitig Anlagegüter in genau dem gleichen Wert entstehen, den jene Unterhaltsgüter hatten. Jede Nachfrage nach Anlagegütern ist mithin gleichbedeutend mit einer zusätzlichen Nachfrage nach Produktionsleistungen, die die Erzeugung von Anlagegütern zum Ziele haben.

Was wird nun geschehen, wenn in einer statischen, im allgemeinen Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft, wie sie soeben betrachtet wurde, bei sonst gleichbleibenden Bedingungen von einem bestimmten Zeitpunkt ab ein größerer Teil des Einkommens erspart wird als vorher?

In diesem Fall bleiben die Voraussetzungen für den Absatz der aus der Erzeugung hervortretenden Unterhaltsgüter völlig unverändert. Die Handelsunternehmungen werden mangels einer Änderung der Daten genau soviel Unterhaltsgüter gegen Handelswechsel beziehen wie vorher, und die Produzenten gelangen dadurch in den Besitz der

---

<sup>14</sup> E. L u k a s, „Sparen und Investieren“ in „Deutsche Geldpolitik“, Berlin, 1941, S. 381.

erforderlichen Geldmittel, um alle abgesetzten Unterhaltsgüter zu reproduzieren. Sobald nun aber ein größerer Teil des während der Güterproduktion bei den Produzenten und Arbeitnehmern anfallenden Geldeinkommens erspart wird, tritt eine Änderung der Daten ein, indem mit einem größeren Geldbetrag Nachfrage nach Anlagegütern erhoben wird als zuvor. Damit erhöht sich, wie oben nachgewiesen, die Nachfrage nach Produktionsleistungen, die die Erzeugung von Anlagegütern zum Ziele haben. Da nun aber die Reproduktion aller aus der Erzeugung hervorgetretenen Unterhaltsgüter durch deren Absatz an die Handelsunternehmungen bereits gesichert ist, bleibt die Nachfrage nach Produktionsleistungen im Bereich der Unterhaltsgütererzeugung unverändert. Das bedeutet, daß sich infolge der zusätzlichen Ersparung von Einkommen und der damit verbundenen erhöhten Nachfrage nach Produktionsleistungen für die Erzeugung von Anlagegütern die insgesamt auftretende, in Geld ausgedrückte Nachfrage nach Produktionsleistungen erhöht.

Hat vorher statisches Gleichgewicht bestanden, so muß eine Erhöhung der Nachfrage nach Produktionsleistungen nach der Regel von Angebot und Nachfrage eine Erhöhung des Preises der Produktionsleistungen zur Folge haben. Die zusätzlich nachgefragten Produktionsleistungen sind solche der Arbeitnehmer und der Produzenten der Investitionsgruppe der Wirtschaft. Die Produktionsleistungen der Arbeitnehmer sind Arbeitsleistungen, und der Preis, der dafür erzielt wird, ist der Arbeitslohn, und zwar der in Geld ausgedrückte sogenannte „Nominallohn“. Die produktiven Leistungen der Produzenten bestehen darin, daß sie das für die Gütererzeugung erforderliche Sach- und Geldkapital in Gestalt von natürlichen und erzeugten Produktionsmitteln, reproduzierbaren Gütervorräten und Betriebskapital zur Verfügung stellen. Der Preis, den sie dafür erzielen, ist der „Gewinn“ oder allgemeiner ausgedrückt die „Kapitalrente“<sup>15</sup>. Damit wird klar, daß eine Zunahme der Kapitalbildung, wenn vorher statisches Gleichgewicht bestanden hat, unter allen Umständen eine Erhöhung der Nominallöhne und der Gewinne der Produzenten der Investitionsgruppe zur Folge haben muß.

Die erhöhte Nachfrage nach Produktionsleistungen, die bei einer Zunahme der Kapitalbildung in Erscheinung tritt, kann naturgemäß nur zum Ziele führen, d. h. es können mehr Anlagegüter als vorher nur erzeugt werden, wenn Arbeitskräfte, Leistungen natürlicher Produktionsmittel (sogenannte Bodenleistungen) und Produktions-

---

<sup>15</sup> Es sei hierzu auf die von dem Verfasser entwickelte Theorie der Kapitalrente verwiesen. A. a. O., S. 23 ff.

kapazität erzeugter Produktionsmittel dafür zur Verfügung stehen bzw. gewonnen werden können.

Die Frage, ob und in welcher Weise die für eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern erforderlichen Produktionselemente und Leistungen erzeugter Produktionsmittel bei einer Zunahme der Kapitalbildung gewonnen werden können, ist von entscheidender Bedeutung für das zu untersuchende Problem. Von ihrer Beantwortung hängt es ab, welche weiteren Wirkungen eine Zunahme der Kapitalbildung auslösen wird. Jene Frage soll daher in der Folge untersucht werden, und zwar für die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft neuzeitlichen Typs, die nach früherem dadurch gekennzeichnet ist, daß Hand in Hand mit der Vermehrung der Produktionsmittel eine fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses erfolgt.

Es seien zunächst die Verhältnisse in bezug auf die menschliche Arbeitskraft erörtert. Die Entschlüsse des Menschen hinsichtlich der Verwertung seiner Arbeitskraft werden offenbar durch zwei einander entgegengesetzte Wunschziele bestimmt. Auf der einen Seite durch den Wunsch nach einer möglichst reichlichen Güterversorgung, auf der anderen durch den nach Muße. Da Güter im Regelfall nur durch Arbeit, d. h. durch Verzicht auf Muße, erlangt werden können, wird Arbeit nur geleistet werden, soweit die Güter, die dadurch erlangt werden können, höher geschätzt werden als die Muße, die geopfert werden muß.

Die Wertschätzung der Muße wird in einer freien Wirtschaft, in der jeder Wirtschaftende selber über die Verwertung seiner Arbeitskraft entscheidet, bewirken, daß die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft allgemein ganz erheblich hinter dem erreichbaren Höchstmaß zurückbleibt. Dies wird sich auf zweierlei Weise äußern. Einmal dadurch, daß die Wirtschaftenden im allgemeinen nur einen Teil der Zeit, die ihnen nach Deckung der lebensnotwendigen Bedürfnisse, wie Schlaf, Nahrungsaufnahme usw. verbleibt, zur Arbeit verwenden, und zweitens dadurch, daß zahlreiche Wirtschaftsmitglieder überhaupt nicht berufstätig sind, sondern sich durch Angehörige unterhalten lassen bzw. nur Gelegenheitsarbeit verrichten.

Erhöht sich nun infolge einer Zunahme der Kapitalbildung die in Geld ausgedrückte Nachfrage nach Produktionsleistungen, so werden sich zunächst die Nominallöhne erhöhen. Es wird also ein erhöhtes Entgelt für eine Arbeitsleistung von gewissem Umfang erzielt, und dieser Umstand wird in der Regel eine Anzahl von Wirtschaftsmitgliedern, die sich bis dahin unter Verzicht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit von Angehörigen haben unterhalten lassen, veranlassen, ein Arbeitsverhältnis einzugehen und damit wirtschaftlich selbständig

zu werden. Darüber hinaus werden sich regelmäßig auch bereits beschäftigte Arbeitnehmer bereitfinden, ihre Arbeitszeit zu verlängern und sogenannte „Überstunden“ zu leisten, für die kennzeichnenderweise im allgemeinen ein Lohnaufschlag verlangt wird. Es wird deutlich, daß die infolge einer Zunahme der Kapitalbildung zwangsläufig eintretende Lohnerhöhung ein zusätzliches Angebot an Arbeitskraft hervorruft.

Weiterhin können aber zusätzliche Arbeitskräfte für die Erzeugung von Anlagegütern auch dadurch gewonnen werden, daß Wirtschaftsmitglieder, die bis dahin – in der Regel gering bezahlte – Dienstleistungen verrichtet haben, durch höhere Lohnangebote veranlaßt werden, zu Produktionsbetrieben abzuwandern. Die dadurch ermöglichte Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern hat keine Einschränkung der Erzeugung an anderer Stelle zur Folge. Der Vorgang bringt in der Regel auch keine Verminderung der insgesamt verrichteten Dienstleistungen mit sich. Nimmt etwa eine Hausgehilfin Arbeit in einem Produktionsbetrieb an und ist keine Ersatzkraft zu beschaffen, so wird im allgemeinen die Hausfrau einen Teil ihrer Muße opfern und die Dienstleistungen verrichten, die vorher von jener vollzogen worden sind. Tritt ein Rechtsanwalt als Syndikus in einen Industriebetrieb ein, weil ihm von demselben ein höheres Einkommen geboten wird, als er bei freier Berufsausübung erzielen könnte, so werden seine bisherigen Klienten von anderen Anwälten übernommen werden, die durchgehends gern bereit sein werden, ihre Arbeitszeit entsprechend zu verlängern, besonders wenn sie dank der vermehrten Nachfrage nach ihren Leistungen höhere Honorarforderungen durchsetzen können. Analog liegen die Verhältnisse für alle übrigen freien Berufe. Das große Heer der Dienstleistenden stellt also eine sehr bedeutende Reserve an Arbeitskraft dar, auf die bei steigender Nachfrage nach Produktionsleistungen zurückgegriffen werden kann.

Gleiche Möglichkeiten liegen übrigens auch im Bereich der Gütererzeugung vor. Wandert etwa ein Bauernsohn, der bis dahin auf dem väterlichen Hofe tätig war, zur Industrie ab, so wird das im allgemeinen nicht zur Folge haben, daß sein Vater seine Produktion einschränkt. In der Regel werden vielmehr der Bauer, seine Angehörigen und seine Knechte ihre Arbeitszeit so verlängern, daß die Erzeugung in dem bisherigen Umfang weitergeführt werden kann.

In jeder freien Wirtschaft sind also beträchtliche Reserven an Arbeitskraft bzw. Arbeitskräften vorhanden, und sie werden im Fall einer Zunahme der Kapitalbildung auch durch das Spiel von Angebot und Nachfrage mobilisiert. In der fortschreitenden Wirtschaft kommt aber noch etwas anderes hinzu. Wie bereits kurz erwähnt worden ist, findet in einer solchen Wirtschaft Hand in Hand mit der Vermehrung

der Produktionsmittel auch eine fortgesetzte Mechanisierung und Rationalisierung der Erzeugungsprozesse statt, die bewirkt, daß laufend Arbeitskräfte freigesetzt werden, die damit für zusätzliche Erzeugungsprozesse zur Verfügung stehen.

Die bisherigen Untersuchungsergebnisse lassen einwandfrei erkennen, daß und aus welchen Gründen in einer fortschreitenden Wirtschaft stets Arbeitskräfte zur Durchführung zusätzlicher Erzeugungsprozesse gewonnen werden können. Jede Zunahme der Kapitalbildung führt auf dem Wege über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen zunächst zu einer Mobilisierung der in jeder freien Wirtschaft vorhandenen Reserven an menschlicher Arbeitskraft und ermöglicht dadurch eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern. Die eintretenden Lohnerhöhungen begünstigen, wie nicht näher dargelegt zu werden braucht, Mechanisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die ihrerseits, sobald sie wirksam werden, zur Freisetzung von Arbeitskräften führen und dadurch die Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung der Gütererzeugung schaffen.

Es ist klar, daß die Arbeitskraftreserven, die durch Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverlängerungen erschlossen werden können, nicht unerschöpflich sind. Wäre keine andere Rückgriffsmöglichkeit vorhanden, so würde sich eine Wirtschaft mit zunehmender Kapitalbildung und Gütererzeugung sehr bald dem Zustand der effektiven Vollbeschäftigung soweit nähern, daß weitere Reserven nur noch in minimalem Umfang erschließbar wären. Die fortschreitende Rationalisierung und Mechanisierung der Erzeugungsprozesse stellt demgegenüber eine unerschöpfliche Quelle dar, aus der die Arbeitskraftreserven, die durch zunehmende Kapitalbildung und Ausdehnung des Erzeugungsprozesses in Anspruch genommen werden, immer wieder regeneriert werden.

Die Tendenz zur Mechanisierung und Rationalisierung wird um so stärker werden, je mehr sich eine Wirtschaft dem Zustand der effektiven Vollbeschäftigung, d. h. einem Zustand nähert, bei dem durch noch so starke Lohnerhöhungen keine Arbeitskräfte mehr gewonnen werden könnten. Es läßt sich daher mit Sicherheit sagen, daß der Zustand der effektiven Vollbeschäftigung im obigen Sinne in einer fortschreitenden freien Wirtschaft überhaupt nicht vorkommt. In dieser, wie in jeder freien Wirtschaft überhaupt, sind stets durch Lohnerhöhungen mobilisierbare Arbeitskraftreserven vorhanden.

Eine weitere Voraussetzung dafür, daß eine Zunahme der Kapitalbildung zu einer Steigerung der Gütererzeugung führen kann, ist außer dem Vorhandensein freier oder mobilisierbarer Arbeitskraft, daß auch Bodenleistungen in dem erforderlichen Umfang zur

Verfügung stehen. In einer kritischen Stellungnahme zu den Arbeiten von Foster und Catchings<sup>16</sup> hat Hayek darauf hingewiesen, daß sich, wenn eine Zunahme der Kapitalbildung die von jenen Autoren angenommene Wirkung haben solle, in dem gleichen Verhältnis wie das verfügbare Kapital auch die Menge der anderen Produktionsfaktoren vermehren müsse, und daß dies zum mindesten beim Boden praktisch ausgeschlossen sei<sup>17</sup>. Dieser Einwand hält einer schärferen Nachprüfung nicht stand. Es ist zwar richtig, daß die Menge des Bodens nicht vermehrbar ist. Dies ist indessen belanglos, da nicht einmal in den entwickelten, geschweige denn in den unentwickelten Wirtschaften der Boden vollständig genutzt ist. Hiervon abgesehen bedarf es aber zu einer Steigerung der Produktion keineswegs einer Vermehrung des Bodens, sondern einer verstärkten Inanspruchnahme verfügbarer Bodenleistungen, die auch bei unveränderter Bodenmenge möglich ist. Schließlich ist es auch nicht ganz richtig, daß die Menge der erforderlichen Produktionsfaktoren in dem gleichen Verhältnis steige wie das verfügbare Kapital. Tatsächlich nimmt die Kapitalgütererzeugung und demgemäß auch die Menge der mehr erforderlichen Produktionsfaktoren bei einer Erhöhung der Kapitalbildung infolge der eintretenden Lohn- und Preissteigerungen stets in geringerem Maße zu als die Geldkapitalbildung.

Die vorstehenden Feststellungen werden am besten an Hand eines Beispiels erläutert. Wird etwa für die Neuanlage einer Fabrik eine Bodenfläche in Anspruch genommen, die bis dahin zur Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten gedient hat, so kann der Ausfall an letzteren dadurch wettgemacht werden, daß das Kapital, das der bisherige Eigentümer für das Grundstück erhalten hat, zum Erwerb und zur Kultivierung noch nicht genutzten Bodens in der gleichen oder auch in einer anderen (noch wenig erschlossenen) Wirtschaft verwandt wird. In diesem Fall werden infolge Aufwendung freigewordenen Kapitals bisher ungenutzte Bodenleistungen erschlossen. Ebenso ist es auch möglich, daß der Ausfall an landwirtschaftlich nutzbarer Bodenfläche durch Verwendung des freigewordenen Kapitals zur Meliorierung, besseren Düngung oder Bearbeitung des übrigen Kulturbodens innerhalb der gleichen Wirtschaft ausgeglichen wird. Hier steigen also dank der Aufwendung von Kapital die Bodenleistungen je Flächeneinheit, so daß trotz Verringerung der Kulturfäche keine Einschränkung der Agrarproduktion einzutreten braucht. Schließlich können die Dinge auch so verlaufen, daß das neugebildete Kapital in den Industriegewirtschaften überwiegend zur Steigerung der

<sup>16</sup> W. T. Foster und W. Catchings, „Profits“, Boston und New York, 1925.

<sup>17</sup> F. A. Hayek, „Gibt es einen Widersinn des Sparens?“, Wien, 1931, S. 21.

industriellen Erzeugung, in den Agrarwirtschaften dagegen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion verwandt wird, und die zusätzlich anfallenden Güter gegeneinander getauscht werden.

In keinem der behandelten Fälle ergibt sich als Folge der Inanspruchnahme von Grund und Boden für industrielle Zwecke eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion. Der Ausgleich erfolgt dadurch, daß auf dem Wege über die Anlage des freigewordenen Kapitals innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors der fraglichen oder auch einer anderen Wirtschaft bisher ungenutzte Bodenleistungen erschlossen bzw. erhöhte Bodenleistungen je Einheit der genutzten Fläche gewonnen werden.

Die Bodenflächen, die bei einer Zunahme der Kapitalbildung der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, sind verhältnismäßig unbedeutend, und der eben behandelte Vorgang spielt daher im Rahmen der gesamten Gütererzeugung keine wesentliche Rolle. In der neuzeitlichen fortschreitenden Verkehrswirtschaft hat die Kapitalbildung in erster Linie eine Ausdehnung der industriellen Erzeugung zum Ziele, und die Bodenleistungen, die dafür benötigt werden, sind wesentlich anderer Art als die bisher betrachteten und nicht von der Größe der verfügbaren Bodenfläche abhängig. Für die industrielle Gütererzeugung werden vorzugsweise Erze, Metalle, Erden, Kohle, Öl und andere naturgegebene Rohstoffe und Energieträger gebraucht, die in gewaltigen Lagern auf und unter der Erde zur Verfügung stehen. Die Menge dieser von der Natur aufgespeicherten Bodenleistungen, die innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes gewonnen werden kann, ist nicht fest begrenzt, vielmehr fast ausschließlich davon abhängig, in welchem Ausmaß dafür Arbeitskräfte und produzierte Produktionsmittel eingesetzt werden. Die während eines bestimmten Zeitabschnittes gewinnbare Menge dieser Art von Bodenleistungen ist also praktisch lediglich eine Funktion des zu diesem Zweck erforderlichen Kapitalaufwandes. Ähnlich liegen die Dinge hinsichtlich gewisser laufend anfallender Energien, wie Sonnenwärme, Wind- und Wasserkraften. Sie fallen zwar in begrenzter Menge an, aber ihre Ausbeutung, die gleichfalls nur auf dem Wege über die Aufwendung von Kapital möglich ist, liegt vorerst noch weit unter dem erreichbaren Maß.

Nimmt die Kapitalbildung zu, so kann die Gewinnung der aufgespeicherten und laufend anfallenden Bodenleistungen der vorerwähnten Art stets in einem der Zunahme der Kapitalbildung mehr oder weniger entsprechenden Verhältnis gesteigert werden. Ein Ausgleich etwaiger Disproportionalitäten erfolgt auf dem Wege über die Inanspruchnahme von Lagervorräten bereits gewonnener Rohstoffe und Energieträger und, soweit solche nicht vorhanden sind bzw. nicht ausreichen, durch entsprechend stärkere Preiserhöhung der verknappten

Bodenleistungen. Abschließend kann somit festgestellt werden, daß die bei einer Zunahme der Kapitalbildung erforderlich werdenden zusätzlichen Bodenleistungen stets gewonnen werden können, und zwar schafft der Kapitalbildungsprozeß selbst die Voraussetzungen dafür.

Würden nun allerdings für die Gewinnung der zusätzlichen Bodenleistungen und die Durchführung der weiteren zusätzlichen Erzeugungsprozesse nur Arbeitskräfte und keine produzierten Produktionsmittel zur Verfügung stehen, so würde sich eine Ausdehnung des Erzeugungsprozesses außerordentlich mühselig gestalten. Es müßten jedesmal zunächst mit Hand primitive dauerhafte Produktionsmittel geschaffen, mit ihrer Hilfe verbrauchliche Produktionsmittel in Gestalt von Rohstoffen sowie Vorprodukten gewonnen bzw. erzeugt und aus diesen neue wirkungsvollere dauerhafte Produktionsmittel hergestellt werden, und dieser Vorgang müßte sich in fortschreitender Stufenfolge solange wiederholen, bis schließlich der jeweilige Stand der technischen Entwicklung erreicht wäre. Es ist klar, daß eine Ausdehnung der Gütererzeugung auf diesem Wege praktisch kaum durchführbar wäre, und daß eine reibungslose Steigerung der Erzeugung offenbar nur möglich ist, wenn jeweils Reserven an dauerhaften und verbrauchlichen produzierten Produktionsmitteln verfügbar sind. Die Frage, ob diese Voraussetzungen in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft stets gegeben sind, bedarf daher gleichfalls der Untersuchung.

Es seien zunächst die verbrauchlichen Produktionsmittel betrachtet. Gäbe es in einer Wirtschaft mit freier Konsumwahl keine Lager vorräte von verbrauchlichen Produktionsmitteln, so würde jede Änderung der Produktionsergiebigkeit oder der Konsumwünsche der Verbraucher sofort Versorgungsschwierigkeiten hervorrufen. Wären beispielsweise keine den Bedarf in der laufenden Produktionsperiode überschreitenden Lager von Nahrungsmitteln vorhanden, so würde eine Mißernte sofort eine Hungersnot auslösen. Würde sich, um ein anderes Beispiel anzuführen, die Investitionstätigkeit, die bis dahin überwiegend auf die Erweiterung des maschinellen Produktionsapparates gerichtet war, von einem gewissen Zeitpunkt an der Errichtung von Wohngebäuden zuwenden, so müßten zunächst die erforderlichen Baustoffe in Gestalt von Zement, Kalk, Trägern, Ziegelsteinen usw. produziert werden, und mit der Durchführung der Investitionen könnte erst nach Ablauf der Produktionsperiode dieser Vorprodukte begonnen werden. Das von den Investoren gebildete Kapital könnte mithin größtenteils erst nach längerer Zeit seinem Verwendungszweck zugeführt werden.

In einer vorratslosen Wirtschaft würden sich also fortgesetzt Versorgungsschwierigkeiten und sonstige Mißstände ergeben. Dieser Um-



stand wird zwangsläufig dazu führen, daß in jeder Wirtschaft mit freier Konsumwahl seitens der Produzenten und des Handels Lager von Fertigwaren, Halbfabrikaten und Rohstoffen gebildet werden, auf die bei Änderungen der Konsumwünsche der Verbraucher bzw. bei einer Zunahme der Kapitalbildung zurückgegriffen werden kann. Die Bildung derartiger Warenlager kann in einfachster Weise erfolgen, indem Geldkapital zur Erzeugung bzw. zum Kauf der fraglichen Produkte verwandt und damit in Lagervorräten angelegt wird.

Aus den gleichen Gründen, aus denen die Bildung von Warenlagern erfolgt, weist jede freie Wirtschaft auch regelmäßig eine namhafte Reserve an Produktionskapazität erzeugter Produktionsmittel auf. Eine freie Wirtschaft ohne eine derartige Reserve ist ebensowenig vorstellbar wie eine solche ohne Lagervorräte.

Bei den erzeugten dauerhaften Produktionsmitteln kommt aber noch etwas anderes hinzu. Ihr Ausnutzungsgrad liegt fast ausnahmslos weit unter dem erreichbaren Höchstmaß, weil die Gütererzeugung wegen der mit Nacharbeit verbundenen Nachteile, die im allgemeinen in Kostenerhöhungen zum Ausdruck kommen werden, ganz überwiegend nur während der Tagesstunden erfolgt. Nimmt aber die Kapitalbildung zu und erhöht sich infolgedessen der für die produktiven Leistungen der Erzeugungsanlagen für Investitionsstoffe und -güter erzielbare Preis, so tritt damit eine Verschiebung der Wirtschaftlichkeitsgrenze ein, die es gestatten wird, einen Teil der oben erwähnten Reserve an Produktionskapazität durch Einführung von Nachtschichten nutzbar zu machen.

Damit kann die Untersuchung des erörterten Problems abgeschlossen werden. Sie hat zu der Erkenntnis geführt, daß in der freien Wirtschaft stets Reserven an menschlicher Arbeitskraft, Bodenleistungen, verbrauchlichen Produktionsmitteln in Gestalt von Rohstoffen, Vorprodukten und Halbfabrikaten sowie schließlich an Produktionskapazität dauerhafter Produktionsmittel vorhanden sind und daß sie bei zunehmender Kapitalbildung durch das Spiel von Angebot und Nachfrage automatisch mobilisiert werden. In einer freien Wirtschaft sind also alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß die zusätzlich nachgefragten Anlagegüter erzeugt werden können, ohne daß die Unterhaltsgüterproduktion dadurch beeinträchtigt wird.

Wir können nunmehr zu der Frage zurückkehren, welche Wirkungen eine Zunahme der Kapitalbildung in einer bis dahin im statischen Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft auslösen wird. Wie bereits nachgewiesen worden ist, wird eine derartige Änderung der Daten zunächst zur Folge haben, daß die Investitionslöhne und die Gewinne der Investitionsunternehmer steigen. Dadurch werden Reserven an menschlicher Arbeitskraft und sachlichen Produktions-

elementen mobilisiert, und die Erzeugung von Anlagegütern wird infolgedessen bei gleichbleibender Unterhaltsgüterproduktion zunehmen.

Da die Arbeitsmärkte für die beiden Hauptgruppen der Wirtschaft über die ungelerten und sonstigen verschieden einsetzbaren Arbeitskräfte miteinander in Verbindung stehen, werden die Lohnsteigerungen nicht auf die Investitionslöhne beschränkt bleiben. Es wird vielmehr zu einer allgemeinen Lohnerhöhung kommen, die sich jedoch bei den durch die Steigerung der Nachfrage unmittelbar betroffenen Investitionslöhnen regelmäßig am stärksten bemerkbar machen wird.

Die Mehrgewinne der Investitionsunternehmer fließen diesen dadurch zu, daß bis dahin ungenutzte Produktionskapazität für die Gütererzeugung nutzbar gemacht und dafür ein zusätzlicher Gewinn erzielt wird. Darüber hinaus werden den Investitionsunternehmern regelmäßig Mehrgewinne dadurch zufallen, daß sie trotz sinkenden Anteiles der auf die Gütereinheit entfallenden festen Kosten keine entsprechenden Preisermäßigungen vorzunehmen brauchen. Die Steigerung der Gewinne der Investitionsunternehmer wird aus diesen Gründen im allgemeinen keine Erhöhung der in den Güterpreisen enthaltenen prozentualen Gewinnquoten bedingen. Der Mehrgewinn fällt den Produzenten vielmehr automatisch durch die Umsatzsteigerung zu.

Dagegen werden die Lohnerhöhungen entsprechende Preiserhöhungen zur Folge haben und es wird infolgedessen zu einer allgemeinen Preissteigerung kommen, die sich jedoch – freie Preisbildung vorausgesetzt – bei den Investitionsstoffen und -gütern am stärksten bemerkbar machen wird. Infolge dieser überverhältnismäßigen Preissteigerungen der Investitionsstoffe und -güter wird deren Erzeugung nicht ganz in dem gleichen Verhältnis zunehmen wie die nominelle Kapitalbildung.

Fügt man noch hinzu, daß die Lager an Investitionsstoffen infolge der vermehrten Erzeugung von Investitionsgütern eine Verminderung erfahren werden, so sind damit die Wirkungen einer Zunahme der Kapitalbildung in einer freien Verkehrswirtschaft im wesentlichen umrissen.

In einer fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft, zu deren Betrachtung wir nunmehr übergehen wollen, werden laufend mehr Güter (Unterhalts- und Anlagegüter) erzeugt, als durch Verbrauch, Abnutzung oder sonstige Umstände ausscheiden. Es wird also fortgesetzt neues Kapital gebildet. Offenbar kann sich aber der Umfang der Kapitalbildung ändern, d. h. er kann gegenüber einem einmal erreichten Stande zu- oder auch abnehmen. Damit erhebt sich die Frage, wodurch in einer Wirtschaft mit überwiegend freiwilliger Kapitalbildung Änderungen des Umfanges derselben hervorgerufen werden können. Bei der Untersuchung dieser Frage soll der Fall einer allgemeinen

freiwilligen Einschränkung des Verbrauches außer Betracht bleiben, weil er praktisch nicht vorkommt.

Die Grundlage der Kapitalbildung stellt für jedes einzelne Wirtschaftsmitglied sein Einkommen dar. Da der Güterverbrauch nicht beliebig einschränkbar ist, kann in jedem Fall nur ein Teil des Einkommens erspart werden. Diese Tatsache ist offenbar für die Fähigkeit der einzelnen Wirtschaftsmitglieder zur Bildung von Kapital von Bedeutung. Wirtschaftende mit kleinem Einkommen werden dasselbe im allgemeinen gänzlich oder doch größtenteils für ihren Unterhalt verwenden müssen, also allenfalls einen kleinen Prozentsatz desselben ersparen können. Dagegen sind Wirtschaftende mit hohem Einkommen in der Lage, ihren Unterhalt mit einem kleinen Teil desselben zu bestreiten. Sie können und werden im allgemeinen einen hohen Prozentsatz ihres Einkommens erübrigen und zur Bildung von Kapital verwenden. Diese Überlegung führt zu der Schlußfolgerung, daß die durchschnittliche prozentuale Sparrate bei den großen Einkommen beträchtlich höher liegt als bei den kleinen.

Befindet sich das Sach- und Geldkapital einer Wirtschaft, wie das in der freien Verkehrswirtschaft regelmäßig der Fall ist, überwiegend im Besitz einer verhältnismäßig kleinen Gruppe der Wirtschaftenden, denen infolgedessen hohe Einkommen zufließen, während die große Masse der übrigen Wirtschaftsmitglieder über keine größeren Vermögenswerte verfügt und sich mit niedrigen Einkommen begnügen muß, so wird sich für die beiden Gruppen der Wirtschaftenden, die einerseits durch die Produzenten, andererseits durch die Arbeitnehmer repräsentiert werden, eine prozentuale Sparrate von sehr verschiedener Höhe ergeben. Tritt in einer solchen Wirtschaft bei sonst gleichbleibenden Bedingungen – also auch gleichbleibendem Realeinkommen – eine Einkommensverschiebung zugunsten der Produzenten ein, so wird die Kapitalbildung zunehmen, während sie im Falle einer Einkommensverschiebung zuungunsten der Produzenten zurückgehen wird.

Die Voraussetzungen für die Bildung von Kapital können sich ferner dadurch ändern, daß das in der betrachteten Wirtschaft anfallende Realeinkommen – immer im Sinne von Unterhaltsgütereinkommen – zu- bzw. abnimmt. Der Fall einer Zunahme des Realeinkommens ist besonders wichtig, weil in der fortschreitenden Wirtschaft laufend zusätzliches Einkommen anfällt. Steigt das gesamte Realeinkommen, so kann ein größerer Teil desselben erspart werden als vorher, ohne daß die Sparer ihren bisherigen Lebensstandard einzuschränken brauchen. Es kann jedoch als sicher gelten, daß die meisten Wirtschaftsmitglieder bei steigendem Einkommen auch ihren

Verbrauch mehr oder weniger stark erhöhen werden. Insbesondere gilt das für die Wirtschaftsmitglieder mit kleinen Einkommen, die vielfach ihren Güterverbrauch in annähernd dem gleichen Maß steigern werden, in dem sich ihr Realeinkommen erhöht. Die bei einer allgemeinen Einkommenssteigerung eintretende Zunahme der Kapitalbildung wird aus diesem Grunde bei sonst gleichbleibenden Bedingungen regelmäßig erheblich hinter der Steigerung des Einkommens zurückbleiben.

Geht umgekehrt das Realeinkommen zurück, was in einer fortschreitenden Wirtschaft nur ausnahmsweise und während verhältnismäßig kurzer Zeitabschnitte vorkommen kann, so werden die einzelnen Wirtschaftsmitglieder im allgemeinen bestrebt sein, ihren bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Das ist bei sinkendem Einkommen – wenn man von der Möglichkeit einer verringerten Inanspruchnahme von Dienstleistungen absieht – nur auf Kosten der Kapitalbildung möglich. Der Umfang der Kapitalbildung wird aus diesem Grunde bei sinkendem Realeinkommen stets weit stärker zurückgehen als dieses.

Es erscheint denkbar, daß Änderungen des Realeinkommens mit Einkommensverschiebungen zugunsten oder zuungunsten der Produzenten zusammenfallen. In der Folge soll daher untersucht werden, welche der verschiedenen möglichen Kombinationen dabei praktisch auftreten können und welche Rückwirkungen auf den Umfang der Kapitalbildung sich in den einzelnen Fällen ergeben werden.

Zunächst sei untersucht, ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen sich bei steigendem Realeinkommen Einkommensverschiebungen zugunsten der Produzenten ergeben können. Bei steigendem Realeinkommen sind bei sonst gleichbleibenden Bedingungen nach früherem die Voraussetzungen für eine Zunahme der Kapitalbildung gegeben. Es ist weiter festgestellt worden, daß eine Zunahme der Kapitalbildung stets gleichbedeutend mit einer vermehrten Nachfrage einerseits nach Leistungen erzeugter Produktionsmittel für Anlagegüter, andererseits nach Arbeitsleistungen ist und daß Reserven an beiden regelmäßig vorhanden bzw. mobilisierbar sind. Die Verhältnisse liegen jedoch in beiden Fällen nicht ganz gleich. Während sich nämlich die Reserven an Arbeitskräften durch Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen, die sich bei Verknappungserscheinungen regelmäßig auf die gesamte Gütererzeugung erstrecken werden, verhältnismäßig schnell wieder auffüllen lassen und darüber hinaus das große Heer der Dienstleistenden als weitere Reserve zur Verfügung steht, läßt sich die Produktionskapazität der Erzeugungsanlagen für Investitionsgüter und -güter nicht kurzfristig steigern, da es sich dabei fast durchgehends um recht umfangreiche und komplizierte Anlagen wie Hochöfen, Stahl-

werke, Maschinenbauanstalten, Zement- und Kalkfabriken, Ziegeleien usw. handelt, die eine längere Produktionsperiode beanspruchen.

Der Beschäftigungsgrad der Produktionsanlagen für Investitionsgüter wird sich aus diesem Grunde bei zunehmender Kapitalbildung schneller dem Zustand der Vollbeschäftigung nähern als der personelle Beschäftigungsgrad. Unter diesen Umständen wird aber nach der Regel von Angebot und Nachfrage auch der für produktive Leistungen der Erzeugungsanlagen für Investitionsgüter in Gestalt des Gewinnes erzielbare Preis stärker steigen als der Lohn. Das bedeutet, daß bei zunehmender Kapitalbildung eine fortschreitende Einkommensverschiebung zugunsten der Investitionsunternehmer erfolgt, die um so stärker werden wird, je mehr sich der Beschäftigungsgrad der Erzeugungsanlagen für Investitionsgüter der Kapazitätsgrenze nähert.

Weiterhin werden aber auch die bei zunehmender Kapitalbildung eintretenden Lohnerhöhungen in Verbindung mit der fortschreitenden Verknappung an Arbeitskräften Veranlassung zur Durchführung von Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen geben, die sich auf den gesamten Bereich der Gütererzeugung erstrecken werden. Derartige Maßnahmen bezwecken eine Verminderung des in den Güterpreisen enthaltenen Lohnanteils und erhöhen bei steigendem Preisniveau automatisch den Gewinn. Sie haben auf allen Erzeugungsgebieten beträchtliche Einkommensverschiebungen zugunsten der Produzenten zur Folge, die um so stärkeres Ausmaß annehmen werden, je mehr sich der personelle Beschäftigungsgrad erhöht und entsprechend wirksame Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen erzwingt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in einer fortschreitenden Wirtschaft, solange keine Gegeneinflüsse wirksam werden, nicht nur das Gesamteinkommen ständig steigt, sondern gleichzeitig auch eine fortschreitende Einkommensverschiebung zugunsten der Produzenten erfolgt, die um so stärker wird, je mehr sich der personelle und materielle Beschäftigungsgrad dem Zustand der Vollbeschäftigung nähert. Die dadurch bewirkte Einkommenskonzentrierung bei den Produzenten, die in einer rapiden, ständig wachsenden Steigerung der Gewinne zum Ausdruck kommt, wird zur Folge haben, daß die Kapitalbildung in ständig schneller werdendem Schrittmäß zunimmt und weit stärker wächst als das Unterhaltsgüter- und Gesamteinkommen.

In einer fortschreitenden Wirtschaft werden sich daher – immer unter der Voraussetzung, daß keine Gegeneinflüsse wirksam werden – alle bei zunehmender Kapitalbildung auftretenden Phänomene in ständig wachsendem Maß bemerkbar machen. Die Löhne und Preise werden fortgesetzt steigen, wobei das Ausmaß der eintretenden Er-

höhungen ständig größer werden wird. Infolge der wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften werden laufend und in beträchtlichem Umfang bis dahin unbeschäftigte oder bei Dienstleistungen tätige Wirtschaftsmitglieder in den Erzeugungsprozeß eingeschaltet, während sich gleichzeitig der Beschäftigungsgrad der Produktionsanlagen für Investitionsstoffe und -güter zunehmend erhöhen wird. Die Erzeugung von Anlagegütern wird in immer schneller werdendem Rhythmus zunehmen und außergewöhnlichen Umfang erreichen.

Es ist klar, daß sich diese Entwicklung nicht unbegrenzt fortsetzen kann. Die starke Erhöhung der Produktionskapazität, die zur Wirkung kommt, sobald die zusätzlich geschaffenen Produktionsanlagen in größerer Zahl betriebsbereit werden, ist gleichbedeutend mit einer entsprechenden Steigerung des Angebotes an produktiven Leistungen erzeugter Produktionsmittel. Dies Mehrangebot muß unausweichlich dazu führen, daß der für derartige produktive Leistungen in Gestalt des Gewinnes erzielbare Preis früher oder später sinkt. Die Gewinn schmälereien ergeben sich durch Preisunterbietungen auf Kosten der Gewinne, die entsprechende Preissenkungen und beträchtliche Einkommensverschiebungen zuungunsten der Produzenten zur Folge haben.

Aus Gründen, die der Verfasser an gleicher Stelle kürzlich eingehend dargelegt hat<sup>18</sup>, erstrecken sich derartige Preisunterbietungsprozesse stets über einen längeren Zeitraum, und es kommt Hand in Hand mit ihnen regelmäßig zu einer vorübergehenden Einschränkung der Unterhaltsgütererzeugung, die ihrerseits einen zeitweiligen Rückgang des Realeinkommens zur Folge hat.

In einer Wirtschaft mit sinkendem Realeinkommen, in der gleichzeitig Einkommensverschiebungen zuungunsten der Produzenten erfolgen, wird nach früherem die Kapitalbildung sehr stark abnehmen. Geht in einer Wirtschaft die Kapitalbildung zurück, so werden sich alle bei zunehmender Kapitalbildung auftretenden Phänomene umkehren. Die Löhne und Preise werden allgemein sinken, besonders stark aber die Investitionslöhne und die Preise der Investitionsstoffe und -güter, und es werden in beträchtlichem Ausmaß Arbeitskräfte und erzeugte Produktionsmittel freigesetzt werden. Die Erzeugung von Anlagegütern wird sehr stark zurückgehen, und ebenso werden die Gewinne der Produzenten stärkstens zusammenschrumpfen. Alle diese Erscheinungen werden ständig fortschreiten, solange das Realeinkommen sinkt.

In einer fortschreitenden Wirtschaft kann ein Rückgang des Unterhaltsgütereinkommens immer nur von kurzer Dauer sein. Er wird in dem soeben betrachteten Fall durch die absatz- und damit einkommen-

<sup>18</sup> Schmollers Jahrbuch, Jahrgang 1949, Heft 3, S. 63 ff.

steigernden Wirkungen der Preisunterbietungen zunehmend kompensiert und schließlich überkompensiert. Das Realeinkommen wird also nach einiger Zeit wieder steigen. Findet der Rückgang des Unterhaltsgütereinkommens sein Ende, bevor der Preisunterbietungsprozeß abgeschlossen ist, so fällt eine Einkommenssteigerung mit einer Einkommensverschiebung zuungunsten der Produzenten zusammen. Erstere wirkt sich in positivem, letztere in negativem Sinne auf den Umfang der Kapitalbildung aus. Es sind also zwei einander entgegengesetzte Einflüsse wirksam. Welcher derselben der stärkere sein wird und ob demgemäß der Umfang der Kapitalbildung sogleich mit dem Wiederanstiegen des Unterhaltsgütereinkommens oder einige Zeit später wieder zunehmen wird, läßt sich nicht voraussagen. Mit Sicherheit sagen läßt sich jedoch, daß die Kapitalbildung unter den gedachten Voraussetzungen zunächst mehr oder weniger auf dem niedrigen Stande verharren wird, den sie infolge des vorhergegangenen Einkommensrückganges angenommen hat, und daß sie, solange der negative Einfluß der Preisunterbietungen wirksam ist, nur sehr langsam wieder zunehmen wird.

Auch hinsichtlich der Preisentwicklung liegen zwei einander entgegengesetzte Einflüsse vor. Die Preisunterbietungen wirken preissenkend, während die Zunahme der Kapitalbildung preissteigernde Wirkungen ausübt. Da der preissenkende Einfluß sich auf Unterhalt- und Anlagegüter erstreckt, während der preissteigernde Einfluß nur von dem ersparten Einkommensteil ausgeht und die Kapitalbildung zudem nur sehr langsam zunimmt, wird ersterer zunächst stark überwiegen. Er wird jedoch in zunehmendem Maße durch die Wirkungen des Wiederanstieges der Kapitalbildung kompensiert werden.

In einer Wirtschaft, in der die weiter oben angegebenen Bedingungen gegeben sind, wird die allgemeine Beschäftigungslage zunächst unbefriedigend sein, sich aber im Bereich der Unterhaltsgütererzeugung stetig bessern. Die Kapitalbildung und die Erzeugung von Anlagegütern werden möglicherweise zunächst noch zurückgehen, jedenfalls aber wesentlich langsamer zunehmen als die Unterhaltsgütererzeugung und das Unterhaltsgütereinkommen, so daß die personellen und materiellen Erzeugungsmöglichkeiten der Investitionsgruppe nicht ausgenutzt werden können. Die Löhne werden aus diesem Grunde trotz zunehmenden Beschäftigungsgrades anfangs noch fallen, um dann infolge der Zunahme der Kapitalbildung allmählich wieder zu steigen, während die Preise infolge der Unterbietungen auf Kosten der Gewinne zunächst noch schneller, dann immer langsamer sinken werden.

Werden schließlich die Preissenkungen auf Kosten der Gewinne durch die infolge Zunahme der Kapitalbildung eintretenden Lohn erhöhungen kompensiert, so findet damit der Preisunterbietungspro-

zeß sein Ende. Jede weitere Zunahme der Kapitalbildung wird dann wieder eine allgemeine Lohn- und Preissteigerung sowie eine schnelle Ausdehnung der Erzeugung von Anlagegütern zur Folge haben.

Die vorstehend wiedergegebenen Schlußfolgerungen, die sich bei Anwendung der vorgetragenen Theorie der Kapitalbildung auf die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft ergeben, sind deshalb besonders bemerkenswert, weil die Entwicklung in der wirtschaftlichen Wirklichkeit bis in alle Einzelheiten genau so vor sich geht, wie das nach den theoretischen Überlegungen zu erwarten ist. Die Perioden steigender bzw. sinkender Preise und erhöhter bzw. verringerter wirtschaftlicher Tätigkeit, die in ihrem stetigen Wechsel die sogenannte Konjunkturbewegung der Wirtschaft ergeben, sind also offenbar im wesentlichen Perioden zunehmender bzw. abnehmender oder verringerter Kapitalbildung.

Diese Schlußfolgerung steht in ausgezeichnete Übereinstimmung mit der bereits zitierten Feststellung Cassels, „daß der Wechsel zwischen Auf- und Niedergangsperioden seiner innersten Natur nach eine Variation in der Produktion von festem Kapital ist“. Es darf also festgestellt werden, daß die hier entwickelte Theorie der Kapitalbildung im Gegensatz zu der herrschenden Lehrmeinung zu Ergebnissen führt, die mit den Erscheinungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit bestens übereinstimmen.

Die Untersuchungen haben ergeben, daß in der fortschreitenden freien Verkehrswirtschaft, wie in jeder freien Wirtschaft überhaupt, stets mobilisierbare Reserven an Arbeitskraft, Bodenleistungen und produzierten Produktionsmitteln vorhanden sind. Ein Zustand der Vollbeschäftigung in dem Sinne, daß derartige Reserven bei einer Zunahme der Kapitalbildung allgemein nicht mehr erschließbar wären, kann aus den früher erörterten Gründen in einer freien Wirtschaft nicht vorkommen.

Trotzdem besitzt die Frage, welche Wirkungen eine Zunahme der Kapitalbildung in einer Wirtschaft haben würde, in der alle Produktionsfaktoren voll ausgenutzt und demgemäß keine erschließbaren Reserven mehr verfügbar wären, ein gewisses theoretisches Interesse. Sie soll daher noch kurz untersucht werden.

Unter der gedachten Voraussetzung würde eine Zunahme der Kapitalbildung starke Erhöhungen der Investitionslöhne und der bei der Erzeugung von Investitionsgütern erzielbaren Gewinne zur Folge haben, die bewirken würden, daß der Unterhaltsgüterproduktion Arbeitskräfte, Bodenleistungen und erzeugte Produktionsmittel zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern entzogen werden



würden. In einer effektiv vollbeschäftigten Wirtschaft würde es also bei einer Zunahme der Kapitalbildung zu einer Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern kommen, aber nicht weil die Nachfrage nach Unterhaltsgütern zurückgeht, sondern weil der Unterhaltsgüterproduktion durch die erhöhte Nachfrage nach Investitionsleistungen Produktionsfaktoren entzogen werden, deren Ausfall bei voller Beschäftigung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht ausgeglichen werden kann.

Diese Überlegungen lassen erkennen, daß die herrschende Theorie der Kapitalbildung unrichtig entwickelt ist und daß die hier vorgetragene Theorie auch für den irrealen Fall der effektiven Vollbeschäftigung zu Ergebnissen führt, die den zu stellenden logischen Anforderungen entsprechen<sup>19</sup>.

Wie sind nun die hier gewonnenen Erkenntnisse mit der außer Zweifel stehenden und von den Anhängern der herrschenden Lehrmeinung immer wieder zu deren Begründung herangezogenen Tatsache zu vereinbaren, daß in der Bedarfsdeckungswirtschaft eine Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern ohne weiteres möglich ist? Die Beantwortung dieser Frage macht keine Schwierigkeiten. Die Bedarfsdeckungswirtschaft ist eine zentralgelenkte, nicht arbeitsteilige Wirtschaft. In einer solchen kann der Wirt selbstherrlich darüber entscheiden, welchen Teil seiner eigenen Arbeitskraft und derjenigen seiner Familienangehörigen er auf die Erzeugung von Unterhaltsgütern und Anlagegütern verwenden will. Er kann die Erzeugung von Unterhaltsgütern, wenn ihm das wünschenswert erscheint, bis auf das Existenzminimum der von ihm vertretenen Gruppe von Wirtschaftenden einschränken und die dadurch freigemachten Produktionsfaktoren für eine vermehrte Erzeugung von Anlagegütern einsetzen. Diese Möglichkeit besitzt er, weil die Produktion in der Bedarfsdeckungswirtschaft nicht gegen Entgelt erfolgt und er infolgedessen im Gegensatz zu den Verhältnissen in der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft für die Erzeugung von Gütern in einem bestimmten Wert nicht vorhandene Güter in genau dem gleichen Wert hinzugeben braucht. Für die Bedarfsdeckungswirtschaft gilt wirklich, was Cassel irrtümlich für die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft annimmt, daß nämlich „die fertigen Güter, die . . . der absichtlichen Beschränkung der Be-

---

<sup>19</sup> Damit ist auch der von Carrell gegen die von dem Verfasser vertretene Theorie der Kapitalbildung erhobene Einwand widerlegt, daß nach ihr das Sparen in einer vollbeschäftigten Wirtschaft höchstens zu einer Änderung der Güterverteilung führe, aber keinen Einfluß auf die Produktion und die Ergiebigkeit der Arbeit ausübe. Vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1942, Bd. 155, Heft 6.

dürfnisbefriedigung zufolge nicht konsumiert werden, auch überhaupt nicht produziert werden“.

In einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft ist etwas derartiges schlechterdings unmöglich, weil bei arbeitsteiliger Produktionsweise niemand für einen anderen Anlagegüter erzeugt und erzeugen kann, wenn er nicht als Entgelt dafür Ansprüche auf ersparte Unterhaltsgüter erhält. Mit der arbeitsteiligen und verkehrswirtschaftlichen Organisation einer Wirtschaft ist daher untrennbar jene Form der Kapitalbildung verbunden, deren naturalwirtschaftlicher Inhalt in der Ersparung von Unterhaltsgütern und deren Verwendung als Entgelt für die Erzeugung von Anlagegütern besteht. In einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft, gleichviel wie sie sonst organisiert sein mag, hat eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern – *ceteris paribus* – aus den angeführten Gründen stets zur Voraussetzung, daß mehr Unterhaltsgüter bzw. Ansprüche auf solche erspart werden als vorher.

Daß die Erzeugung von Anlagegütern *ipso facto* eine Einschränkung der Erzeugungsmöglichkeiten (nicht der Erzeugung) von Unterhaltsgütern bedingt, ist selbstverständlich. Dies kommt bei arbeitsteiliger Wirtschaftsorganisation dadurch zum Ausdruck, daß sich im Zuge der Arbeitsteilung eine besondere Gruppe von Wirtschaftenden gebildet hat, deren Angehörige sich unter Verzicht auf die Produktion von Unterhaltsgütern auf die Erzeugung von Anlagegütern spezialisiert haben. Die Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern erfolgt also bei arbeitsteiliger Produktionsweise nicht von Fall zu Fall, sondern sie ist durch Aussonderung jener Gruppe vorweggenommen, deren Beschäftigungsgrad mangels eigener Unterhaltsgüterproduktion damit aber davon abhängig wird, in welchem Umfang ihr ersparte Unterhaltsgüter als Produktionsentgelt zur Verfügung gestellt werden. Die Erzeugung von Anlagegütern wird dadurch zu einer abgeleiteten Produktion, deren reales Ausmaß nicht nur eine Funktion des Umfanges der Kapitalbildung, sondern, wie leicht erkennbar, auch der speziellen Lohn- und Preisentwicklung des Investitionssektors der Wirtschaft ist.

Folgt daraus nun etwa, daß eine Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft grundsätzlich unmöglich ist?

Das ist keineswegs der Fall. Die durchgeführten Untersuchungen haben lediglich zu der Erkenntnis geführt, daß eine Zunahme der Kapitalbildung – von dem irrealen Fall der effektiv vollbeschäftigten Wirtschaft abgesehen – niemals eine Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zur Folge hat. Es ist aber, wie die Erfahrung bestätigt, möglich, die Unterhaltsgüterproduktion durch staatliche Produktionsverbote, Eingriffe in den Arbeitsmarkt oder Rohstoffkontingentierung

zwangsweise zu drosseln und dadurch Produktionsfaktoren für eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern freizumachen. Der so gewonnene Produktionsspielraum kann jedoch in einer arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft nur ausgenutzt werden, wenn gleichzeitig die Kapitalbildung entsprechend steigt und damit das erforderliche Entgelt für eine vermehrte Erzeugung von Anlagegütern bereitgestellt wird. Das wird aber bei freier Kapitalbildung niemals der Fall sein. Die Kapitalbildung wird im Gegenteil, sobald weniger Unterhaltsgüter aus der Erzeugung hervortreten und damit das Realeinkommen zurückgeht, regelmäßig beträchtlich abnehmen.

Die erzwungene Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion kann daher zu dem gewünschten Ziele nur führen, wenn Hand in Hand mit ihr die Kapitalbildung zwangsweise – etwa durch Investitionssteuern oder Zwanganleihen – so gesteigert wird, daß die freigemachten Produktionsfaktoren für die Erzeugung von Anlagegütern nutzbar gemacht werden können.

Da eine Steigerung der Kapitalbildung bei rückgängigem Unterhaltsgüterereinkommen, auch wenn staatliche Zwangsmaßnahmen zu Hilfe genommen werden, regelmäßig auf große Schwierigkeiten stoßen wird, wird die Anwendung jenes Verfahrens in der wirtschaftlichen Praxis fast immer dazu führen, daß das erforderliche Mehrkapital oder doch ein Teil desselben mit Hilfe der Notenpresse zur Verfügung gestellt wird. Dadurch wird sämtlichen Wirtschaftsmitgliedern Kaufkraft für Unterhaltsgüter zugunsten der Produzenten und Arbeitnehmer der Investitionsgruppe entzogen, die als Gegenleistung dafür zusätzliche Anlagegüter erzeugen.

Würden nicht gleichzeitig mit der zwangsweisen Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion auch Maßnahmen zur Steigerung der Kapitalbildung getroffen werden, so könnte der zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern freigemachte Produktionsspielraum nicht ausgenutzt werden, und die gesamte Gütererzeugung würde zurückgehen.

Diese Überlegungen lassen erkennen, daß es sich bei der durch staatliche Maßnahmen erzwungenen Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zugunsten der Erzeugung von Anlagegütern lediglich um eine subsidiäre Maßnahme zum Kapitalbildungsprozeß handelt. Die damit verbundene Beschränkung der Bedürfnisbefriedigung stellt weder einen integrierenden Bestandteil des Kapitalbildungsprozesses dar, noch besitzt sie etwa selber kapitalbildende Eigenschaften. Sie steckt gewissermaßen nur den Rahmen für eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern ab, die nur möglich ist, wenn die Kapitalbildung entsprechend gesteigert wird.

Eine zwangsweise Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion ist gleichbedeutend mit Aufhebung der Freiheit der Wirtschaftsführung.

Eine freie Wirtschaft verliert durch derartige Eingriffe in den freien Wirtschaftsablauf ihren Charakter als solche und verwandelt sich insoweit in eine zentralgelenkte Wirtschaft. Man gelangt somit zu der interessanten Erkenntnis, daß eine Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern auf Kosten der Unterhaltsgüterproduktion, wenn man von dem irrealen Fall der effektiv vollbeschäftigten Wirtschaft absieht, nur in zentralgelenkten Wirtschaften möglich ist. Sie stellt eine Sonderform der Kapitalbildung dar, die dadurch gekennzeichnet ist, daß dem wesentlichen Vorgang, nämlich der Steigerung der Kapitalbildung, eine zentrale Lenkungsmaßnahme vorausgeht, durch die Produktionsfaktoren für eine vermehrte Erzeugung von Anlagegütern freigemacht werden.

Eine Anwendung dieser Sonderform der Kapitalbildung ist wirtschaftlich nur sinnvoll, wenn die Erzeugung von Kapitalgütern oder auch von Sondergütern (beispielsweise Rüstungsgütern) über das bei freier Wirtschaftsführung erreichbare Maß hinaus gesteigert werden soll. In derartigen Fällen stellt eine Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion in Verbindung mit einer zwangsweisen Steigerung der Kapitalbildung ein wirksames Mittel zur Erreichung des gedachten Produktionszieles dar.

Wie die durchgeführten Untersuchungen erkennen lassen, hat eine Zunahme der Kapitalbildung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft, gleichviel wie sie sonst organisiert sein mag – immer von dem irrealen Fall der effektiv vollbeschäftigten Wirtschaft abgesehen – niemals eine Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion, sondern stets eine Zunahme der Erzeugung von Anlagegütern zur Folge. In zentralgelenkten Wirtschaften besteht unabhängig davon die Möglichkeit, die Erzeugung von Anlagegütern durch erzwungene Kapitalbildung in Verbindung mit einer zwangsweisen Einschränkung der Unterhaltsgüterproduktion zu steigern. Es gibt also zwei Formen der Kapitalbildung, eine allgemeine und eine Sonderform, die nur bei zentraler Lenkung anwendbar ist.

Daß es zwei verschiedene Möglichkeiten der Kapitalbildung gibt, hat bereits I. St. Mill klar erkannt und mit den Worten zum Ausdruck gebracht, daß „um Kapital zu vermehren, es außer einer Verminderung der Konsumtion noch einen anderen Weg gibt, nämlich mehr hervorzubringen“<sup>20</sup>. Dieser Erkenntnis wäre noch hinzuzufügen, daß die Kapitalbildung durch Steigerung der Gesamterzeugung der normale Weg ist, während eine Vermehrung des Kapitals auf dem Wege über eine Einschränkung der Konsumtion nur dann in Frage kommt, wenn das gewünschte Ergebnis auf dem normalen Wege nicht erreichbar ist.

<sup>20</sup> I. St. Mill, a. a. O., S. 88.

Die beiden Formen der Vermehrung des Sachkapitals lassen sich bemerkenswerterweise auch für die Bedarfsdeckungswirtschaft, d. h. für den einfachsten Wirtschaftsorganismus überhaupt, nachweisen. Es ist unzutreffend, wenn Cassel behauptet, daß in der geschlossenen Bauernwirtschaft ein Fortschritt nur dann möglich sei, wenn persönliche Arbeitskräfte und andere Produktionsmittel, wie z. B. Pferde, der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung entzogen und zur Vermehrung des Realkapitals, z. B. zum Bau von neuen Gebäuden oder zum Roden neuen Landes verwendet werden<sup>21</sup>. Zwar kann in einer geschlossenen Bauernwirtschaft, da sie zentralgelenkt ist, in der von Cassel angeführten Weise Realkapital gebildet werden, aber in der wirtschaftlichen Wirklichkeit dürfte es wohl nur sehr selten vorkommen, daß ein Bauer beispielsweise einen Teil seiner Felder brachliegen läßt, um neue Gebäude zu errichten oder Land zu roden. In der Regel wird der Bauer nämlich zu dem gedachten Zweck seine und seiner Pferde Arbeitszeit verlängern, und zwar im allgemeinen derart, daß er die Arbeiten in einer Jahreszeit ausführt, in der er und seine Pferde bis dahin nicht vollbeschäftigt waren.

Wie dies Beispiel erkennen läßt, ist die Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern auf Kosten der Unterhaltsgüterproduktion nicht einmal in der zentralgelenkten Einzelwirtschaft, in der sie auf einfachste Weise möglich ist, die übliche Form, in der neues Kapital gebildet wird. Es ist vielmehr klar, daß dieser Weg nur dann beschritten werden wird, wenn die gewünschte Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern auf dem normalen Weg der Arbeitszeitverlängerung nicht mehr tragbar erscheint. Auch in der zentralgelenkten Einzelwirtschaft stellt also die Steigerung der Erzeugung von Anlagegütern auf Kosten der Unterhaltsgüterproduktion – genau wie in der zentralgelenkten Verkehrswirtschaft – gewissermaßen die ultima ratio der Kapitalbildung dar, die nur zur Anwendung gelangt, wenn die Erreichung eines bestimmten Produktionszieles im Bereich der Investitionsgütererzeugung anders nicht mehr möglich erscheint.

Damit können die Untersuchungen abgeschlossen werden. Sie haben zu einer vollen Klärung des Wesens und der Wirkungen der Kapitalbildung sowohl für die freie als auch für die zentralgelenkte Verkehrswirtschaft und die Bedarfsdeckungswirtschaft geführt. Es ist in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise nachgewiesen worden, daß die herrschende Theorie der Kapitalbildung auf einer unzulässigen Verallgemeinerung einer nur in zentralgelenkten Wirtschaften möglichen Sonderform der Kapitalbildung beruht und im übrigen auch fehlerhaft entwickelt ist.

<sup>21</sup> G. Cassel, a. a. O., S. 30.

An ihrer Stelle wurde die vorgetragene, in ihren wichtigsten Grundgedanken schon von einigen der namhaftesten Klassiker vertretene, später aber fast allgemein aufgegebene und vielfach als vulgärökonomisch gebrandmarkte Theorie der Kapitalbildung als richtig und allgemeingültig erkannt. Sie ist nunmehr einwandfrei begründet, wesentlich erweitert und durch Anwendung auf die fortschreitende freie Verkehrswirtschaft auf die volle Höhe ihrer Leistungsfähigkeit gebracht worden.

Die Verdrängung dieser – seinerzeit freilich unzulänglich begründeten – Theorie durch die heute noch herrschende Lehrmeinung charakterisiert sich als eine der folgenschwersten wissenschaftlichen Fehlentwicklungen, die jemals vorgekommen sein dürfte. Auf sie ist es in erster Linie zurückzuführen, daß die Wirtschaftswissenschaft bisher zu fast völliger Ergebnislosigkeit verurteilt war. Mit der Revision dieses Fehltrteils eröffnen sich der Wirtschaftswissenschaft völlig neue Wege, denn die hier entwickelte Theorie der Kapitalbildung stellt, wie im Lauf der Untersuchungen bereits erkennbar geworden ist, nicht nur eine der wesentlichsten Grundlagen für eine dynamische Wirtschaftstheorie dar, sondern enthält auch alle Elemente für die Entwicklung wirklichkeitsnaher Lehren der Beschäftigung und der Wirtschaftslenkung.